

## Medienmitteilung 25/2014

<b>Thema</b>	<b>Parolen 30.11.2014</b>
Rückfragen	Beat Hiller, Tel +41 78 688 71 30; E-Mail: <a href="mailto:beat.hiller@grunliberale.ch">beat.hiller@grunliberale.ch</a>
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau E-Mail: <a href="mailto:ag@grunliberale.ch">ag@grunliberale.ch</a> <a href="http://www.ag.grunliberale.ch">www.ag.grunliberale.ch</a>
Datum	01.11.2014

### **Die Grünliberalen Kt. Aargau lehnen alle drei Volksinitiativen ab. Insbesondere die Ecopop-Initiative wird deutlich zurückgewiesen. Alle drei Initiativen sind mit dem liberalen Gedankengut der glp unverträglich.**

Die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung wurde anlässlich der gestrigen Mitgliederversammlung als erste Abstimmungsvorlage ausführlich diskutiert und von allen Seiten beleuchtet. So wurde zudem beiden Komitees die Möglichkeit geboten, ihre Argumente darzulegen. Die Grünliberalen anerkennen, dass die Pauschalbesteuerung wohl den Grundsatz der Rechtsgleichheit tangiert, jedoch wurde schlussendlich die Steuerhoheit der Kantone höher gewichtet. Da die Steuergesetzgebung auf kantonaler Ebene erfolgt, soll nach Ansicht der glp jeder Kanton selbst darüber entscheiden, ob er die Pauschalbesteuerung beibehalten will oder nicht. Es kann nach Ansicht der glp nicht Aufgabe des Bundes sein, derart in den Steuerwettbewerb einzugreifen.

Die Ecopop-Initiative fand deutliche Ablehnung bei der glp. So sind die Grünliberalen natürlich der Ansicht, dass der ökologische Fussabdruck pro Person verringert werden muss, darauf antwortet die Initiative aber gerade nicht. Die Initiative zielt lediglich auf die Einwohnerzahl, nicht aber auf den Verbrauch pro Person. Der Ressourcenverbrauch und unsere Umwelt kennen keine Landesgrenzen! Die Initiative fordert zudem, der Bund müsse mindestens 10 Prozent seiner in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel in Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung investieren: Die Grünliberalen erachten es als nicht sinnvoll, dass die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit derart einseitig gebunden werden. Die Geburtenraten in Entwicklungsländern hängen nicht allein von Verhütung oder Familienplanung ab, sondern von der wirtschaftlichen Situation, der Gesundheitsversorgung, der Bildung und anderen Faktoren. Zudem fragt sich schon, ob sich die Schweiz anmassen soll, derart in die Familienplanung anderer Länder einzugreifen. Nicht zuletzt schadet das starre Kontingent von 0.2 % der Schweizer Wirtschaft in höchstem Masse und würde die Bilateralen endgültig beerdigen – dies kann nicht im Interesse unserer Nation liegen!

Auch die Goldinitiative wird von den Grünliberalen deutlich verworfen. Die Schweiz müsste mit Annahme der Initiative auf einen Schlag 65 Milliarden Franken in Gold lagern und müsste bei Kursschwankungen immer wieder neues Gold zukaufen, welches in Krisensituationen aber nicht angerührt werden darf. Ein Sparschwein, das in der Not nicht geschlachtet werden darf?! Weiter würde die NB durch Annahme der Initiative einschneidend in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt, welcher nach Ansicht der glp für eine unabhängige Geld- und Währungspolitik unerlässlich ist.